



Innen- und Rechtsausschuss
Der Vorsitzende

Kiel, 12. Juni 2025
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die 93. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 11. Juni 2025, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

- 1. Situation der Ausländerbehörden in Schleswig-Holstein**
Berichts Antrag des Abgeordneten Dr. Bernd Buchholz (FDP) in der Sitzung am 27. März 2024

Herr Dr. Schulz, Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände, berichtet. Eine Aussprache folgt.
- 2. Bericht der Landesregierung zur Situation der Verwaltungsgerichte in Schleswig-Holstein**
Berichts Antrag des Abgeordneten Dr. Bernd Buchholz (FDP)
[Umdruck 20/4692](#)

Justizministerium sowie die Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts, Frau Thomsen, berichten. Eine ausführliche Aussprache folgt.
- 3. Bericht der Landesregierung über den aktuellen Verfahrensstand hinsichtlich der Vorkommnisse in der Jugendanstalt Schleswig**
Berichts Antrag des Abgeordneten Dr. Bernd Buchholz (FDP)
[Umdruck 20/4833](#)

Ein Vertreter des Justizministeriums berichtet in öffentlicher sowie kurz in vertraulicher Sitzung. Eine öffentliche Aussprache folgt.
- 4. Entwurf eines Gesetzes zum Sechsten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Sechster Medienänderungsstaatsvertrag)**
Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 20/3136](#)
hierzu: [Umdruck 20/4879](#)

Der Ausschuss kommt überein, die Vorlage am 2. Juli 2025 wieder aufzurufen.

5. Entwurf eines Gesetzes zum Siebten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge – Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Reformstaatsvertrag)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 20/3137](#)

hierzu: [Umdruck 20/4880](#)

Der Ausschuss kommt überein, eine mündliche Anhörung zu dem Entwurf durchzuführen. Benannt werden NDR Schleswig-Holstein sowie die Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein. Weitere Benennungen werden bis Montag, 16. Juni 2025, erbeten.

6. Verschiedenes

Der Vorsitzende sowie die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen stimmen nach einem Bericht des Wissenschaftlichen Dienstes zu, dass der Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern über die Errichtung eines gemeinsamen Senats des Finanzgerichts Hamburg – siehe [Drucksache 20/2911](#) – mit den Namen aller Unterzeichnenden im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht wird.

Schluss: 16:21 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka